

<b>Landeshauptstadt Magdeburg</b> - Der Oberbürgermeister -		Datum 15.08.2011
Dezernat II	Amt FB 02	<b>Öffentlichkeitsstatus</b> öffentlich

I N F O R M A T I O N

**I0101/11**

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	06.09.2011	nicht öffentlich
Finanz- und Grundstücksausschuss	21.09.2011	öffentlich
Stadtrat	13.10.2011	öffentlich

Thema: Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 31.12.2010 (vorläufiger Abschluss)

**1. Gesamteinschätzung konsumtiver Haushalt**

Einschätzung zum konsumtiven Haushalt

Das vorläufige Ergebnis des konsumtiven Haushaltes (Stand 11.07.2011) per 31.12.2010 ist negativ und setzt sich im Vergleich zum Vorjahr (nachrichtlich kameral) wie folgt zusammen:

	- in EUR -	
	<b>Ergebnis 31.12.2009</b> nachrichtlich kameral	<b>Ergebnis 31.12.2010</b>
Anordnungssoll – Einnahmen (L)	491.749.936,53	
Ordentliche Erträge		529.803.032
Außerordentliche Erträge*		1.459.207
- Abgang alter Kassenreste (-C)	6.542.531,94	
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste (A)	0,00	
+ Globalbereinigung aus dem Vorjahr (B)	15.457.000,00	
- Globalbereinigung lfd. Jahr	3.715.000,00	
= Summe bereinigte Soll-Einnahmen (E)	<u>496.949.404,49</u>	
Anordnungssoll – Ausgaben (L)	581.265.847,46	
+ neue Haushaltsausgabereste (H)	461.963,45	
Ordentliche Aufwendungen*		-533.218.230
Außerordentliche Aufwendungen		-573.854
- Abgang alter Haushaltsausgabereste (-A)	415,00	
= Summe bereinigte Soll-Ausgaben (E)	<u>582.769.252,95</u>	
<b>Ergebnis:</b>	<b><u>-85.819.848,36</u></b>	
<b>Ordentliches Ergebnis</b>		<b>-3.415.197</b>
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>		<b>885.353</b>
<b>Jahresergebnis</b>		<b><u>-2.529.845</u></b>
darin enthalten:		
Deckung von Soll-Fehlbeträgen Vor-Vorjahr	92.433.668,38	
= <b>Strukturell. Defizit (-) Überschuss (+)</b>	<b>6.613.820,02</b>	

\* mit Abschreibungen und Sonderposten

Die verfügbaren Haushaltsmittel im Ertrags- und Aufwandsbereich setzen sich aus den Planansätzen, den über üpl.- und apl.-Anträgen bereitgestellten Mitteln sowie aus den übertragenen Aufwandsermächtigungen aus dem Jahr 2009 zusammen.

**Im Jahresergebnis sind die Buchungen zum vorläufigen Jahresabschluss (pauschale Wertberichtigung von Forderungen, Zuführungen und Auflösungen von Rückstellungen aus der Eröffnungsbilanz 2010 sowie passive und aktive Rechnungsabgrenzungsposten) unter dem Vorbehalt der Bestätigung durch das Rechnungsprüfungsamt (RPA) enthalten. Diese Prüfungen und entsprechenden Abstimmungen mit dem RPA werden voraussichtlich Ende des III. Quartals vollzogen sein.**

**Für den endgültigen Jahresabschluss können noch Korrekturen erfolgen.**

Der Haushaltsvergleich stellt sich wie folgt dar.

	- in EUR -			
	Haushaltsplan 2010	Erträge/ Aufwendungen 30.12.2010	Erfüllung 30.12.2010 in %	Vergleich Erfüllung 30.12.2009
<b>Erträge</b>				Nicht darstellbar
Ordentliche Erträge	539.770.534	529.803.032	98,2	
darunter:				
Planansatz 2010	521.660.467			
Deckung üpl-apl-Anträge	18.110.067			
Außerordentl. Erträge	0,00	1.459.207		
<b>Aufwendungen</b>				Nicht darstellbar
Ordentl. Aufwendungen	556.373.387	533.218.230	95,8	
darunter:				
Planansatz 2010	539.623.590			
Deckung üpl-apl-Anträge	16.749.797			
Haushaltssperren				
Außerordentl. Aufwendungen	0,00	573.854		
<b>Fehlbetrag</b>	<b>-15.375.412</b>	<b>-2.529.845</b>		
<b>darunter:</b>				
<b>Planansatz Fehlbetrag</b>	<b>-17.963.123</b>			

Gesamtstädtisch betrachtet, stehen nach dem aktuellen Stand der Haushaltsrechnung, ausgehend von den verfügbaren Mitteln (HH-Ansatz/HH-Rest/ÜPL/APL/Sperrern), den Erträgen des konsumtiven Haushaltes in Höhe von 98,2 % Aufwendungen in Höhe von 95,8 % gegenüber. Der geplante Rahmen wird damit derzeit sowohl ertrags- als auch aufwandsseitig unterschritten.

Erträge

Position	Bezeichnung	Ansatz 2010 *	Ergebnis 30.12.2010	Vergleich An- satz/Ergebnis
<b>01</b> SK 401 - 405	<b>Steuern und ähnl. Abgaben</b>	162.363.000	162.606.302	243.302
<b>02</b> SK 411 - 419	<b>Zuwendungen u. allg. Ab- gaben</b>	226.728.844	212.592.067	-14.136.777
<b>03</b> SK 420 - 429	<b>Sonstige Transfererträge</b>	17.025.847	19.334.486	2.308.639
<b>04</b> SK 431 - 432	<b>Öffentl. - rechtl. Leistungs- entgelte</b>	19.576.165	20.238.881	662.715
<b>05</b> SK 441 - 446	<b>Privatrechtliche Leistungs- entgelte</b>	5.414.493	5.500.416	85.923
<b>06</b> SK 448 - 449	<b>Kostenerstattungen und -umlagen</b>	37.913.673	35.169.005	-2.744.668
<b>07</b> SK 451 - 459	<b>Sonstige ordentl. Erträge</b>	45.985.661	49.054.333	3.068.672
<b>08</b>	<b>Aktivierete Eigenleistung</b>	0,00	0,00	0,00
<b>09</b>	<b>+/- Bestandsveränderung im Rahmen der gewöhnli- chen Tätigkeit</b>	0,00	0,00	0,00
<b>10</b> SK 461 - 469	<b>Finanzerträge</b>	24.762.852	25.307.542	544.690
<b>Gesamt</b>	<b>Ordentliche Erträge</b>	<b>539.770.535</b>	<b>529.803.032</b>	<b>-9.967.502</b>

inkl. üpl/apl Erträge (im Zeitraum 01.01.2010 – 31.12.2010) und Rechnungsabgrenzungen  
(kameral Rotabsetzungen) aus 2009

Position 01:

Mehrertrag: Gemeindeanteil Einkommensteuer 3,3 Mio. EUR,

Minderertrag: Grundsteuer B 0,429 Mio. EUR, Gewerbesteuer 1,4 Mio. EUR, Gemeindeanteil  
an der Umsatzsteuer 0,865 Mio. EUR, Zweitwohnungssteuer 0,107 Mio. EUR,  
Abgabe von Spielbanken 0,206 Mio. EUR.

Position 02:

Mehrertrag: Schlüsselzuweisungen vom Land 0,469 Mio. EUR, davon für:

Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land für den Deckungskreis Kita 0,684  
Mio. EUR, für die Schülerbeförderung 0,447 Mio. EUR, für den ÖPNV 0,978 Mio.  
EUR, aus Leistungen des Landes für den Ausgleich von Sonderlasten 0,616 Mio.  
EUR.

Minderertrag: Zuweisungen vom Land für Straßenbaulast 0,289 Mio. EUR, Zuweisungen für  
laufende Zwecke vom Land 13,0 Mio. EUR im Bereich Wirtschaftsförderung für  
die Projekte

- Erschließung Zone 1 (Aufschüttung),

- Entwicklung Korbwerder,
- Kanalhafen Trennungsdamm,
- SKET Freie Straße,
- Hansehafen.

Zuweisungen vom Land für Investitionen für den ÖPNV 1,0 Mio. EUR, Zuweisungen für Sonderausstellungen 0,110 Mio. EUR, Zuweisungen vom Land für den Städtebau 0,887 Mio. EUR,

Zuschüsse für laufende Zwecke von übrigen Bereichen 0,421 Mio. EUR für:

Spenden für Sonderausstellungen 0,264 Mio. EUR,

Leistungsbeteiligung an der Umsetzung der Grundsicherung 1,525 Mio. EUR.

#### Position 03:

Mehrertrag: Unterhaltsanspruch aus §§ 5, 7 Unterhaltsvorschussgesetz 0,526 Mio. EUR, im DKSOZ Sozialleistungen in Einrichtungen Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege 0,106 Mio. EUR, Schuldendiensthilfe vom Land für Stark II 1,950 Mio. EUR.

Minderertrag: DKSOZ für Leistungen von Sozialleistungsträgern 0,105 Mio. EUR, Rückzahlungen von Zuschüssen aus verbundenen Unternehmen 0,344 Mio. EUR.

Die Positionen werden bei der Erläuterung zum Deckungskreis DKSOZ/DKHzE näher begründet.

#### Position 04:

Mehrtrag: bei den Verwaltungsgebühren 0,765 Mio. EUR für Einnahmen aus Ersatzvornahmen, aus allgemeinen Ordnungsaufgaben, aus sonstigen Verwaltungsgebühren.

Bei den Benutzungsgebühren 1,293 Mio. EUR für Einsatz NEF, KTW und ITW beim Rettungsdienst.

Minderertrag: bei den Verwaltungsgebühren 0,160 Mio. EUR für Gewerbean- um- und abmeldungen, Fahrschulwesen und Kfz-Ummeldungen.

Bei den Benutzungsgebühren 1,235 Mio. EUR für Benutzungsgebühren Feuerwehr, Einsatz RTW beim Rettungsdienst und Benutzungsgebühren allgemein.

Für den Rettungsdienst wurde ein Sonderposten aus Gebühren für 2011 in Höhe von ca. 1,3 Mio. EUR gebildet.

Eine detaillierte Begründung zu den Verwaltungs- und Benutzungsgebühren ist der Budgetabrechnung zu entnehmen.

#### Position 05:

Die Erträge aus Mieten und Pachten entwickeln sich planmäßig. Der Ansatz wurde erfüllt.

#### Position 06:

Mehrertrag: aus Kostenerstattung vom Bund für BaFöG, Kostenerstattung vom Land allgemein und aus dem Gesetz für Leistungen für Asylbewerber (AsylbewLeistG) 0,211 Mio. EUR, Kostenerstattung vom Land für Unterhaltsvorschuss und Erstattung aus Sondervermögen und Rückzahlungen Betriebskostenzuschuss (EB KGm) 2,449 Mio. EUR.

Minderertrag: Erträge aus allgemeinen Kostenerstattungen vom Bund 1,919 Mio. EUR, Kostenerstattung vom Land für den DKSOZ 0,329 Mio. EUR, Erträge aus Erstattungen von Gemeinden für Gastkinder und Gastschulbeiträge 0,571 Mio. EUR, Erträge aus Kostenerstattungen von privaten Unternehmen 2,232 Mio. EUR, Rückzahlungen aus Zuwendungen Deckungskreis KiFöG 0,1 Mio. EUR.

Der Schwerpunkt der voraussichtlichen Erfüllung im Deckungskreis Soziales (DKSOZ) per 31.12.2010 liegt in der Untererfüllung der Erträge für Kosten der Unterkunft (KdU). Hier wurden die bisher festgelegten 25,4 % (Entlastung v. Bund) geplant. Ab Januar 2010 werden aber nur

23,0 % für Ausgaben KdU nach § 22 Abs. 1 u. 7 erstattet. Dies führt zu einem Minderertrag. Die Positionen werden bei der Erläuterung zum Deckungskreis DKSOZ näher begründet. Die Veränderungen bei der Kostenerstattung KdU ist von der Bundesregierung erst nach dem Haushaltsplanbeschluss 2011 durch den Stadtrat erfolgt, so dass eine Berücksichtigung nicht umgesetzt werden konnte.

Position 07:

Mehrertrag: Konzessionsabgaben aus SWM 0,238 Mio. EUR und Avacon AG 0,028 Mio. EUR, Erstattung von Steuern 0,186 Mio. EUR, Erträge aus SoPo Auflösung insgesamt 1,767 Mio. EUR, davon:  
7,025 Mio. EUR, aus Straßenausbaubeiträgen und sonstige Sonderposten 0,633 Mio. EUR, Säumnisgebühren und Stundungszinsen 0,175 Mio. EUR, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Einzelwert- bzw. Pauschalwertberichtigungen 5,575 Mio. EUR,

Minderertrag: aus SoPo Auflösung davon:

5,891 Mio. EUR aus Zuwendung vom Bund/Land und Erschließungsbeiträgen, 0,754 Mio. EUR Bußgelder sonstige Ordnungswidrigkeiten und ruhender Verkehr, 4,148 Mio. EUR Ertrag aus der Auflösung einer allgemeinen Rückstellung (s. Budget 7).

Die Konzessionsabgaben entwickeln sich planmäßig. Bei den Bußgeldern wurden ca. 900 Tsd. EUR Mindererträge erzielt (s. Budget 1). Im Budget TH 1 sind die finanziellen Risiken insbesondere bei den Bußgeldern im ruhenden Verkehr entstanden.

Die Auflösung der Sonderposten aus Zuwendungen vom Bund (800.000 EUR), aus FAG (20.600.000 EUR), vom Land (5.600.000 EUR), aus Erschließungsbeiträgen (250.000 EUR) und aus Straßenausbaubeiträgen (750.000 EUR) erfolgt im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 in Abstimmung mit dem RPA.

Position 10: Überplanmäßige Erträge bei den Finanzerträgen wirken sich positiv auf den Ergebnishaushalt 2010 aus.

Mehrertrag: Aus der Gewinnausschüttung SWM konnte ein Mehrertrag in Höhe von 3,9 Mio. EUR erzielt werden, die zur Deckung von unabweisbaren ÜPL/APL-Anträgen genutzt worden sind.(z.B. 600 Tsd. EUR für den Deckungskreis Unterhaltsvorschuss [DS 0418/10], 500 Tsd. EUR für den Deckungskreis Hilfe zur Erziehung [DS 0472/10], 328 Tsd. EUR Erstattungszinsen für den Deckungskreis Steuern).

Nähere Erläuterungen zu den Erträgen in den Budgets 0 – 7 s. Pkt. 1.1 und zu den Deckungskreisen s. Pkt. 1.2 Quartalsvergleich ausgewählter Bereiche/Deckungskreise.

Aufwendungen

- in EUR -

Position	Bezeichnung	Ansatz 2010 *	Ergebnis 31.12.2010	Vergleich Ansatz/Ergebnis
13 SK 501 - 508	Personalaufwendungen	117.099.693	113.839.394	-3.260.298
14 SK 511 - 517	Versorgungsaufwendungen	119.000	849.997	730.997
15 SK 521- 529	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	22.540.676	20.372.616	-2.168.060
16	Bilanzielle Abschreibungen	45.115.344	43.907.924	-1.207.420

SK 571 - 579				
17 SK 531 - 539	Transferaufwendungen, Um- lagen	167.562.542	163.673.151	-3.889.391
18 SK 551 - 559	Zinsen und sonstige Finanz- aufwendungen	19.039.438	15.598.567	-3.440.871
19 SK 541 - 549	Sonstige ordentl. Aufwen- dungen	184.313.050	174.859.864	-9.453.186
<b>Gesamt</b>	<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>556.373.386</b>	<b>533.218.230</b>	<b>-23.155.156</b>

\* incl. üpl/apl Aufwendungen (im Zeitraum 01.01.2010 – 31.12.2010) u. Haushaltsermächtigungen (kameral: Haushaltsausgabereste) aus 2009

Position 13: Die Personalaufwendungen liegen bei einem Erfüllungsgrad von 97,2 %.

Für das Jahr 2010 bestand zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für die Personalausgaben eine Risikogröße in Höhe von 3,8 Mio. EUR. Dieser Fehlbedarf ergab sich aus der Differenz zwischen den bereitgestellten Mitteln für Personalausgaben und dem ermittelten voraussichtlichen Bedarf an Hand des bestehenden Personalkörpers, des Stellenplanes und bereits bekannter Tarifentwicklungen. (100 % Anpassung für alle TB, weitere Erhöhung der Besoldung).

Der Deckungskreis Personalkosten weist zum verfügbaren Plan in Höhe von 116.478.814 EUR eine Erfüllung von 115.514.814 (99,1 %) aus. Für die Eröffnungsbilanz 2010 wurden 944.000 EUR für Rückstellungen gebildet, von denen 100.000 EUR in Anspruch genommen wurden. Die restlichen 844.000 EUR werden voraussichtlich 2011 zahlungswirksam.

Basis für die weitere Entwicklung der Personalkosten bilden die Ausgaben des Monats September zuzüglich der im November zu zahlenden Sonderzuwendung und den im Dezember zu zahlenden leistungsorientierten Entgeltes. Die im Bericht per 30.09.2010 dargestellten Risiken konnten durch die Konsolidierungsanstrengungen des Fachamtes vollständig abgewendet werden.

Position 15: Minderaufwendungen:

In dieser Position stellt u.a. der Deckungskreis DKSTÄDTEBAU eine wichtige Aufwandsgröße dar. Hier wurde Aufwand in Höhe von 279.680 EUR nicht kassenwirksam. Das Fachamt hat Anträge auf Übertragung von Haushaltsermächtigungen in Höhe von 267.534 Tsd. EUR gestellt.

Position 16:

Die Abschreibungen auf das gesamte Anlagevermögen wurden mit dem Jahresabschluss 2010 erstmalig durchgeführt. Dem voran ging ein größerer Korrekturbedarf der Buchungen im Jahr 2010. Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass der geplante Abschreibungswert von 45 Mio. EUR mit 43,9 Mio. EUR unterschritten worden ist.

Minderaufwendungen: wurden in den Budgets 0, 4 und 6 erzielt, im Wesentlichen bei den Abschreibungen auf Gebäude und -einrichtungen, beim Budget 6 Abschreibungen auf Infrastrukturmaßnahmen.

Mehraufwendungen: wurden in den Budgets 1, 2, 3 und 5 getätigt, hier im Wesentlichen bei den Abschreibungen auf Gebäude und -einrichtungen.  
Bei den Budgets 4 und 6 wurden Abschreibungen in Höhe von 3,2 Mio. EUR für BGA und für techn. Anlagen und Maschinen über Plan getätigt.

Position 17:

Minderaufwendungen:

Im DK Hilfe zur Erziehung (DKHzE) wurden überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von insgesamt 500.000 EUR im SR genehmigt. In dieser Höhe wurden aber die Aufwendungen in Höhe von ca. 365 Tsd. EUR nicht zahlungswirksam. Weitere Minderaufwendungen erfolgten im Bereich der Gewerbesteuerumlage (-883,8 Tsd. EUR), im Deckungskreis DKSOZ (-653,0 Tsd. EUR), im DKStädtebau (-922,9 Tsd. EUR), beim Altersteilzeitzuschuss des EB KGm (-382,3), im DKAFM (-264,5 Tsd. EUR) und in den FB 40 (-137,2 Tsd. EUR) sowie im Bereich OB für Zuweisungen an Gemeinden- u. -verbänden (-119,6 Tsd. EUR) und FB 23 zur Förderung von Grundstückskäufen für Familien (-123,5 Tsd. EUR).

Mehraufwendungen:

Für die Aufwendungen im Deckungskreis Unterhaltsvorschuss (DKUDUVG) wurden 600.000 EUR beantragt, welche fast gänzlich zahlungswirksam geworden sind. Die Deckung erfolgt im Rahmen der Haushaltsdurchführung aus Mehrerträgen der SWM GmbH (Gewinnanteile).

Position 18: Die Ansätze wurden untererfüllt. Hier werden Minderaufwendungen angezeigt für Zinsaufwendungen an Sondervermögen (-1.462,2 Tsd. EUR), für Kassenkredite (-1.096,5 Tsd. EUR) und für Kreditaufwendungen im Zusammenhang mit KGE (-935,5 Tsd. EUR).

Position 19: Minderaufwendungen:

Im Dezernat III wurden 14,9 Mio. EUR nicht ausgeschöpft, insbesondere für Erstattung an verbundene Unternehmen (SWM), Medienserschließung und Investitionsförderungsmaßnahmen. Hierfür hat das Dezernat III einen Antrag auf Ermächtigungsübertragung für konsumtive Auszahlungen gestellt, der bewilligt wurde. Des Weiteren wurden Minderaufwendungen im TB 66 für Niederschlagswasser (-273,0 Tsd. EUR), für Erstattung an die KID für sonstige LuK-Kosten (-412,1 Tsd. EUR) und für Erstattung an den EB KGm (-873,1 Tsd. EUR) vorwiegend aus den Fachbereichen 01 und 02 erzielt.

Mehraufwendungen:

Für die Einzelwertberichtigung (+ 4,17 Mio. EUR), für die Pauschalwertberichtigung (+ 3,08 Mio. EUR) und für Abschreibungen auf Forderungen (92,6 Tsd. EUR) mussten ungeplante Mehraufwendungen getätigt werden, welche im Jahresabschluss durch die Auflösung von in der Eröffnungsbilanz gebildeten Pauschalwertberichtigungen neutralisiert wurden.

Für die Bildung von Pauschalwertberichtigungen sind im Jahresabschluss 2010 derzeit ca. 3,1 Mio. EUR vorbehaltlich der Bestätigung durch das RPA enthalten. Die Abstimmung zur Pauschalwertberichtigung ist noch nicht abgeschlossen, eine Erhöhung dieser Summe um ca. 2 Mio. EUR wird derzeit noch geprüft.

Nähere Erläuterungen zu den Aufwendungen in den Budgets 0 – 7 s. Pkt. 1.1 und zu den Deckungskreisen s. Pkt. 1.2 Quartalsvergleich ausgewählter Bereiche/Deckungskreise.

### **1.1 Budgetabrechnung per 31.12.2010**

In der **Anlage 1** wird die zahlenmäßige Abrechnung der Budgets ausgewiesen. Im Budget 1 wurden 506.302 EUR an Überschüssen nicht erreicht, im Budget 2 wandelt sich der geplante Zuschuss in einen Überschuss um (+3.726,0 Tsd. EUR) und im Budget 7 fehlen 1.364,4 Tsd. EUR Überschuss. Insgesamt wirken sich alle Budgetergebnisse positiv auf die Gesamtauslastung aller Budgets aus (+3.754,2 Tsd. EUR).

Mit Verfügung des Oberbürgermeisters vom 06.05.2010 wurden die Budgets zu 95 % freigegeben. Im Laufe des Haushaltsjahres war dies mit der Zielstellung verbunden, in Summe 3,0 Mio. EUR in den Budgets einzusparen. Diese Einsparungen resultieren aus der Vorgabe der HKK-Maßnahme 150 des Haushaltskonsolidierungskonzeptes des Haushaltsjahres 2010 (DS0530/09). Dies ist mit der Jahresabrechnung gelungen, insgesamt führten 22.063.779 EUR Minderaufwendungen gegen 18.707.218 EUR Mindererträge zu einem positiven Saldo wie oben beschrieben.

Der Überschuss aller budgetierten Haushaltsmittel zum 31.12.2010 beträgt 101,6 %.

Im Einzelnen wird nachfolgend über die Budgets informiert.

#### Budget 0 – Bereich Oberbürgermeister

Dem Budget 0 stand ein Zuschuss in Höhe von 869.743 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 615.237 EUR (70,7 %) in Anspruch genommen und in Höhe von 254.506 EUR nicht verausgabt. Die Ursachen sind Minderträge in Höhe von 88.237 EUR und Minderaufwendungen in Höhe von 342.743 EUR.

<b>Mehrerträge</b>	
Gewinnung von mehr Institutionen und Unternehmen zur Unterstützung von wissenschaftlichen Veranstaltungen	31.456 EUR
Hohe Auslastung bei der Vermietung von Werbeanzeigen auf der Homepage der LH Magdeburg	9.401 EUR
<b>Mindererträge</b>	
Zuweisungen für das URBACT-Projekt Redis	131.586 EUR

<b>Minderaufwendungen</b>	
URBACT-Projekt Redis (stehen in Verbindung mit Mindererträgen)	175.119 EUR
u.a. für Städtepartnerschaften, Druckkosten, Wissenschaftsveranstaltungen	92.161 EUR
Sonstige IuK Leistungen/sonstige Sachaufwendungen	18.417 EUR
Infolge des Ankaufs Objekt Julius-Bremer-Straße (Miete Amt 14)	42.732 EUR
Bei diversen Sachkonten des Amtes 16	8.522 EUR

#### Budget 1 – Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Dem Budget 1 stand ein Überschuss in Höhe von 920.543 EUR zur Verfügung. Der Budgetüberschuss wurde mit 414.241 EUR (45,0 %) erfüllt, die Differenz beträgt -506.302 EUR. Die Ursachen sind Mindererträge in Höhe von 770.312 EUR und Minderaufwendungen von 264.010 EUR.

<b>Mehrerträge</b>	
Bei Zuweisungen vom Bund für Energieeffiziente Stadt	51.251 EUR
Durch die Erteilung von Anlagen nach § 4 Bundesmissionsschutzgesetz	59.065 EUR
Einführung des neuen Personalausweises	134.726 EUR
Zurückgezahlte Gerichtskosten	9.601 EUR
Aus der Aufl. Rückstellung Gerichtskosten (Amt 30)	39.550 EUR
Aus der Aufl. Rückstellung Gerichtskosten (FB 01)	34.547 EUR
Aus Nachlassverwaltung (FB 32)	22.270 EUR
<b>Mindererträge</b>	
Im FB 01 bei Zuweisungen, privaten Telefongesprächen und sonst. Kosten-erst.	40.491 EUR
Spenden Umweltpreis (Durchführung erst 2011)	16.000 EUR
gesetzliche Änderung hinsichtlich der Zuweisung aus der Feuerschutzsteuer	179.442 EUR
Bei Benutzungsgebühren im Amt 37	72.709 EUR
Im Fachdienst Allgemeine Ordnungsangelegenheiten, Stadtordnungsdienst	815.043 EUR

<b>Minderaufwendungen</b>	
---------------------------	--

Mieten und Pachten durch den Kauf des Gebäudes Julius-Bremer-Str. 8-10	449.500 EUR
Im FB 01 u.a. beim Rückbau Datennetz, zu hohem Ansatz bei den Ausbildungskosten der Feuerwehranwärter, geringere Auslastung der Mittel für Eigentests und sonstigen Leistungen	387.703 EUR
Im Amt für Statistik bei den Druckkosten	8.805 EUR
Bei den Gerichts- und Gutachterkosten sowie den Zuschüssen in den Ämtern 30 und 31	108.231 EUR
Im FB 32 u.a. aus geringeren Kosten an das KBA, die spätere Innbetriebnahme eines neuen Funknetzes und bei sonstigen IuK Leistungen	115.679 EUR
Im Amt 37 durch den noch nicht abgeschlossenen Vertrag mit der Versicherung hinsichtlich der privaten Rentenversicherung für die Kameraden der freiwilligen Feuerwehr	87.500 EUR

<b>Mehraufwendungen</b>	
Erhöhte Betriebs – und Nebenkostenabrechnung	57.425 EUR
Beschaffung von Einsatzbekleidung im Amt 37	27.500 EUR
Im Fachdienst Bürgerservice bei den Kosten an die Bundesdruckerei für Personaldokumente	53.896 EUR
Energieeffiziente Stadt (siehe Mehrerträge)	51.251 EUR
Aus der Einstellung in sonst. Rückstellungen (Gerichtskosten Amt 30)	511.600 EUR
Aus der Einstellung in sonst. Rückstellungen (Gerichtskosten FB 01)	86.695 EUR
Aus der Einstellung in sonst. Rückstellungen (priv. Rentenversicherung freiw. Feuerwehr Amt 37)	77.200 EUR

### Budget 2 – Finanzen

Das Budget 2 hat per 31.12.2010 einen Überschuss in Höhe von 3.273.395 EUR statt eines geplanten Zuschusses in Höhe von 452.595 EUR erwirtschaftet.

Dies wurde durch nicht planbare Erträge (sonstige ordentliche und außerordentliche Erträge), Mehrerträge sowie durch Minderaufwendungen (zum größten Teil nicht wiederkehrend, da einmalig) erzielt, die wie folgt begründet werden.

<b>Mehrerträge</b>	
Liegenschaftsamt aus der Auflösung von Rückstellungen	1.353.725 EUR
Außerordentliche Erträge aus Grundstücks- und Gebäudeverkäufen	1.402.037 EUR

<b>Minderaufwendungen</b>	
Minderaufwendungen für Mieten und Pachten im FB 02 durch Ankauf des Objektes Julius-Bremer-Straße 8-10 durch die Landeshauptstadt Magdeburg	245.500 EUR
Minderaufwendungen für IuK-Leistungen	321.900 EUR
Minderaufwendungen aus Kosten für Sachverständige und Gutachten	95.600 EUR
Minderaufwendungen im Rahmen des SR-Beschlusses zur Förderung des Verkaufs von Wohnbauland an Familien mit Kindern	123.500 EUR

### Budget 3 – Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

Dem Budget 3 stand ein Zuschuss in Höhe von 1.215.050 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 952.167 EUR (78,4 %) in Anspruch genommen und in Höhe von 262.883 EUR nicht verausgabt. Die Ursachen sind Minderträge in Höhe von 15.243.605 EUR und Minderaufwendungen in Höhe von 15.506.488 EUR. Ursachen der Mindererträge und Minderaufwendungen sind vorwiegend die ausstehenden Fördermittelbescheide für Baumaßnahmen.

<b>Mehrerträge</b>	
Zuweisung als Beteiligung an der Machbarkeitsstudie zum Eulenberg	48.260 EUR
Zuweisung vom Land zur Umsetzung des Projektes Breitbandförderung	47.769 EUR
Kostenerstattung priv. Unternehmen (ego Pilot und Tourismusförderung)	18.713 EUR
<b>Mindererträge</b>	
Zuweisungen vom Land (Vorhaben Aufschüttung Zone I 6.052.007 EUR, Korbwerder 1.070.600 EUR, Hafen/Trennungsdamm 3.571.200 EUR, SKET Freie Str. 995.500 EUR, Hansehafen 896.800 EUR)	12.586.107 EUR
Zuschüsse für lfd. Zwecke ( Einwerbung Drittmittel /Dachmarke Ottostadt Magdeburg)	424.564 EUR
Kasseneinnahmereste, nicht durchgeführte Daimler-Chrysler-Forum sowie nicht umgesetzte Beteiligungen von Unternehmen	33.266 EUR
Aus Kostenerstattungen priv. Unternehmen (Vorhaben Aufschüttung Zone I 843.700 EUR, Korbwerder 595.500 EUR, Hafen/Trennungsdamm 396.800 EUR, Sket/Freie Str. 474.000 EUR)	2.310.000 EUR

<b>Minderaufwendungen</b>	
Internationales Büro	369.282 EUR
Bei Erst. Verb. Unternehmen (SWM) Verbrauchsmedien (Aufschüttung Zone I 211.600 EUR, Korbwerder 1.588.300 EUR)	1.799.900 EUR
Bei Erst. Verb. Unternehmen (SWM) Mediierschließung SKET/Freie Str.	1.580.200 EUR
Erst. verb. Unternehmen Investfördern. (Kanalh./Trennungsdamm 3.968.000 EUR, Korbwerder Nord-Hafenbahnverlegung 77.800 EUR, Hansehafen 847.265 EUR und Aufschüttung Zone I 6.750.065 EUR )	11.643.130 EUR
In diversen Sachkonten z.b (Mieten und Pachten durch den Kauf des Gebäudes Julius-Bremer-Str. 8-10 36.452 EUR, Zuschüsse Schiffshebewerk 50.000 EUR, Aufwendungen Sachverst. /Gutachterkosten 33.885 , Verwaltungs und Betriebsaufw. 95.759 EUR)	261.892 EUR

<b>Mehraufwendungen</b>	
Breitbandausbau (siehe Mehrerträge)	47.769 EUR
Dachmarke Ottostadt Magdeburg	107.059 EUR

### Budget 4 – Bildung, Sport, Kultur

Dem Budget 4 stand ein Zuschuss in Höhe von 14.754.288 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 13.983.203 EUR (94,8 %) davon aus Mehrerträgen (743.078 EUR = 111,4 %) und Minderaufwendungen (28.006 EUR = 99,9 %) erfüllt.

Im Berichtszeitraum wurden Erträge im Fachbereich Schule und Sport (FB 40) mit 112,3 %, im Kulturbüro (Stabsstelle IV/01) mit 103,8 %, im Gesellschaftshaus (Stabsstelle IV/) mit 129,9 %, im Fachbereich Kultur, Stadtgeschichte und Museen (FB 41) mit 96,4 % erfüllt.

<b>Mehrerträge</b>	
<u>FB 40</u>	
Kostenerstattungen v. priv. Unternehmen (Betriebskosten)	105.144 EUR
Kostenerstattungen für BaFöG	68.146 EUR
<b>Mehrerträge</b>	
Erstattung v. verb. Unternehmen (SWM) - Betriebskosten	63.033 EUR
Zuweisung für lfd. Zwecke vom Bund (FM)	35.056 EUR
Zuweisung für lfd. Zwecke vom Land (FM)	43.566 EUR
Zuweisung vom Land für die Schülerbeförderung	447.311 EUR
<u>Stabsstelle IV/01 - Kulturbüro</u>	
Zuwendungen des Landes Sachsen-Anhalt zur Förderung des Musikalischen Kompetenzzentrums, die in gleicher Höhe zu Aufwendungen führen	157.300 EUR
<u>Stabsstelle IV/02 - Gesellschaftshaus</u>	
Eintrittsgelder und Leistungsentgelte sowie Erträge aus Mieten und Pachten	71.109 EUR
<b>Mindererträge</b>	
<u>FB 40</u>	
Erstattung von Gemeinden Gastschulbeiträge	138.192 EUR
Benutzungsgebühren VHS (weniger Teilnehmer)	75.675 EUR
<u>FB 41 – Museen</u>	
Eintrittsgelder und Verkaufserlöse (von Baumaßnahmen im Kulturhistorischen Museum und Museum für Naturkunde)	42.892 EUR

Die Aufwendungen im Berichtszeitraum wurden im FB 40 mit 100,4 %, in der Stabsstelle IV/01 mit 98,5 %, in der Stabsstelle IV/02 mit 99,8 % und im FB 41 mit 95,6 % in Anspruch genommen.

<b>Minderaufwendungen</b>	
<u>FB 40</u>	
Erst. an KGM – Medienkosten reduziert	226.660 EUR
Erst. an KGM – Bewirtschaftungskosten	137.279 EUR
Bewirtschaftungsk. Externe Firmen (Deckung Bau)	345.377 EUR
Aufw. Schülerbeförderungen durch Dritte	51.643 EUR
Zuschüsse an übrige Bereiche	110.168 EUR
<u>Stabstelle IV/01, IV/02 u. FB 41</u>	
Verwaltungs- u. Betriebsaufwendungen	129.935 EUR

<b>Mehraufwendungen</b>	
<b>FB 40</b>	
Unterhaltung bauliche Anlagen (Havarien, Winterdienst, Sicherung Dächer)	186.271 EUR
Unterhaltung bew. Vermögens (PC-Plätze in Fachkabinetten/Schulen)	171.994 EUR
Erstattung an verb. Unternehmen (SWM) - Verbrauchsmedien	164.561 EUR
Bildung von Rückstellungen	271.177 EUR
<b>FB 41 – Museen, Stadtbibliothek, Stadtarchiv</b>	
Dienstaufwendungen für sonst. Beschäftigte und Beiträge zur Künstlerkasse sowie Aufwendungen für Reparaturen an Kraftfahrzeugen	22.772 EUR

### Budget 5 – Soziales, Jugend und Gesundheit

Dem Budget 5 stand ein Zuschuss in Höhe von 5.912.510 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 5.452.979 EUR (92,23 %) erfüllt. Es ergaben sich Mehrerträge (187.012 EUR = 107,7 % Erfüllung) und Minderaufwendungen (272.519 EUR = 96,74 % Erfüllung).

Dabei wurden die Zuschüsse im Amt 50 mit 93,33 %, im Amt 51 mit 96,84 %, im Amt 53 mit 51,52 % und in der Stabsstelle V/02 mit 65,7 % erfüllt.

Berücksichtigung findet hier auch die Umsetzung der Verfügung des OB vom 06.05.2010 zur 95%-igen Freigabe der Aufwendungsansätze (Ziel der Einsparung in Höhe von 401.972,78 EUR). Davon werden nach Angaben des Dezernates V im Budget 123.595 EUR (Rest in den DK) umgesetzt.

Aus dem tatsächlichen Plan/Ist Vergleich per 31.12.2010 (Minderbedarf von 459.531 EUR) kann aber eine 100% Erfüllung der Vorgabe von 401.972,78 EUR allein im Budget 5 abgeleitet werden.

Wesentliche Schwerpunkte der Erfüllung sind:

<b>Mindererträge</b>	
Geringere Rückzahlungen von Zuschüssen nach abgeschlossener Verwendungsnachweisprüfung aus dem Vorjahr im Bereich der Förderung freier Träger in der Kinder- und Jugendarbeit /Jugendsozialarbeit und Familienbildungsarbeit (Amt 51)	225.877 EUR
Geringere Zuweisungen vom Bund und Land (Amt 51)	8.114 EUR
<b>Mehrerträge</b>	
Rückzahlung von Zuwendungen durch verstärkte Prüfung von Verwendungsnachweisen (Amt 50)	57.001 EUR
Zuweisung vom Land für Sucht- und Schwangerenberatungsstellen (Amt 53)	307.254 EUR
Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte (Amt 51)	61.215 EUR
<b>Minderaufwendungen</b>	
Zuschüsse an übrige Bereiche allg. und Jugendarbeit	111.700 EUR
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen Amt 51	58.693 EUR
Aufwendungen für Bestattungen im Amt 53	95.573 EUR
Einsparungen in den Ämtern 50, 51 und 53 für die HKK- Nr. 150	123.595 EUR
Zuschüsse an übrige Bereiche (Investive Anschaffungen freie Träger) Amt 51	43.835 EUR
<b>Mehraufwendungen</b>	
Zuschüsse an Suchtberatungsstellen	163.309 EUR

### Budget 6 – Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Dem Budget 6 stand ein Zuschuss in Höhe von 14.315.703 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 14.164.838 EUR (98,8 %) davon aus Mindererträgen (606.053 EUR = 92,8 %) und Minderaufwendungen (756.918 EUR = 96,7 %) erfüllt. Es ergibt sich damit eine Zuschussminderauslastung in Höhe von 150.865 EUR.

Im Berichtszeitraum wurden die Erträge im Stadtplanungsamt mit 90,3 %, im FB 62 – Vermessungsamt und Baurecht - mit 96,5 %, im Bauordnungsamt mit 119,0 %, im Hochbauamt mit 218,8 % und im Tiefbauamt mit 78,2 % erfüllt.

<b>Mehrerträge</b>	
Verwaltungsgebühren im Bauordnungsamt durch Baugenehmigungen für Großvorhaben und aus Ersatzvornahmen im Rahmen der Gefahrenabwehr	462.452 EUR
Zuweisungen f. lfd. Zwecke v. Land f. Entflechtungsgesetz (Bahnübergang Beimsstraße) und für sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte (Regulierung von Schadensfällen) im Tiefbauamt	131.952 EUR

<b>Mindererträge</b>	
Abforderung einer Zuweisung vom Land konnte nicht vorgenommen werden, da die Ablöseberechnung f. d. Brücke Sohlener Str. nicht kassenwirksam wurde	618.900 EUR
Erträge aus der Bewirtschaftung von Parkflächen und Stellflächen (Parkgebühren) im Tiefbauamt resultieren u. a. aus den eingeschränkten Parkmöglichkeiten in den Wintermonaten, HKK – Maßnahme Nr. 120 wird nicht in Gänze umgesetzt	514.977 EUR
bei Erträgen aus Kostenerstattungen von privaten Unternehmen (Ausgleichsmanagement) und bei Verwaltungsgebühren durch Rückgang Verkauf von Kartenausügen, topografischen Karten im FB 62	59.495 EUR

Die Aufwendungen wurden im Stadtplanungsamt mit 95,8 %, im FB 62 mit 166,0 %, im Bauordnungsamt mit 98,2 %, im Hochbauamt mit 106,4 %, im Tiefbauamt mit 89,8 % in Anspruch genommen.

<b>Minderaufwendungen</b>	
Für Leistungen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz im Zusammenhang mit der Ablöseberechnung f. d. Brücke Sohlener Str. sowie bei Aufwendungen für Niederschlagswasser und bei der Unterhaltung des sonstigen Vermögens im Tiefbauamt	2.236.000 EUR
Verbandsumlagen für die Zweckverbände „Regionale Planungsgemeinschaft“ und „Stadt-Umland-Verband“ sowie Aufwendungen für den ZOB im Stadtplanungsamt und den Kosten für die Erstellung des Mietspiegels sowie für das Umlegungsverfahren im FB Vermessungsamt und Baurecht sowie bei Aufwendungen im Rahmen der Gefahrenabwehr im Bauordnungsamt	146.916 EUR
Im Verwaltungs- und Betriebsaufwand im Stadtplanungsamt, Fachbereich Vermessungsamt und Baurecht, im Bauordnungsamt und Tiefbauamt.	195.148 EUR

<b>Mehraufwendungen</b>	
Vandalismusschäden (Objekt Lesezeichen, Salbke), Bewirtschaftungskosten u. a. für Fürstenwall, Kiek in de Köken u. Steinkuhle 6 sowie aus Mehraufwendungen für den Rahmenplan Wissenschaftshafen im Stadtplanungsamt	25.569 EUR
Gutachter- und Beitragsbearbeitung im Zusammenhang mit der Überprüfung von Straßenausbaumaßnahmen im FB Vermessungsamt und Baurecht	23.139 EUR

Planungsleistungen und Aufwendungen bei der Haltung von Fahrzeugen im Tiefbauamt	120.481 EUR
Bildung von Rückstellungen im Fachbereich Vermessungsamt und Baurecht und Tiefbauamt	1.698.923 EUR

### Budget 7 – Allgemeine Finanzwirtschaft

Das Budget 7 sollte einen Überschuss in Höhe von 266.376.387 EUR erwirtschaften. Der Budgetüberschuss wurde mit 265.011.962 EUR (99,5 %) untererfüllt. Davon aus Mindererträgen (1.364.680 EUR = 99,5 %) und Minderaufwendungen (255 EUR = 99,9 %). Es ergibt sich damit eine Überschussminderung in Höhe von -1.364,4 Tsd. EUR.

Die Mindererträge sind entstanden u.a. durch Spielbankenabgaben mit -206 Tsd. EUR (31,3 %), der Zweitwohnungssteuer mit -107 Tsd. EUR (73,5 %), der Leistungsbeteiligung des Landes bei der Umsetzung der Grundsicherung Arbeitssuchender (SoBez) mit -908 Tsd. EUR (97,0%) und der Auflösung einer Rückstellung für im Jahr 2010 zahlungswirksam werdende Aufwendungen aus dem Jahr 2009 in Höhe von 630.000 EUR.

Die Mindereinnahmen des Budget 7 konnten teilweise kompensiert werden durch Mehrerträge bei den sonstigen Erträgen in Höhe von 4,9 Mio. EUR (s. Position 10 bei den Erträgen, Seite 5).

### **1.2 Quartalsvergleich ausgewählter Bereiche/Deckungskreise**

Im Folgenden werden einzelne Positionen der in **Anlage 2** aufgeführten Deckungskreise näher erläutert.

#### 5 - Deckungskreis Hilfe zur Erziehung (DKHzE):

DKHzE	verfügbarer Plan 2010	Risikogröße aus HH-Plan 2010	AOS 31.12.10	Abweichung Plan/Ist 2010	Erfüllung in %
Erträge	1.312.600		1.191.695	120.765	90,8
Aufwendungen	16.653.200	1.300.000	16.287.614	365.585	97,8
Ergebnis	15.340.600		15.095.919	244.681	98,4

Im DKHzE kommt es zu einem Minderbedarf in Höhe von 244.681 EUR.

Dieser resultiert aus den Mindererträgen in Höhe von 120.765 EUR und den Minderaufwendungen in Höhe von 365.585 EUR.

Die Mindererträge werden verursacht durch den Rückgang der Erstattungen von Sozialleistungsträgern. Die Anzahl der Kinder/Jugendlichen, welche sich in der stationären Jugendhilfe befanden und eine Rente bezogen, reduzieren sich zu den Vorjahren.

Eine weitere Reduzierung erfolgte durch die Kostenerstattungen vom Land speziell für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Da sich die Aufwendungen für diesen Personenkreis aufgrund des Rückganges der Inobhutnahme reduziert haben, wurden auch weniger Mittel vom Land erstattet.

Die in einzelnen Sachkonten entstandenen Mehrbedarfe wurden überwiegend durch Minderbedarfe in anderen Sachkonten ausgeglichen. Minderaufwendungen entstanden u. a. beim Hilfebedarf für Junge Volljährige, da hier stringenter auf ambulante Angebote zurückgegriffen wurde.

Trotz einiger Minderaufwendungen wurden mit der DS 0472/10 in der OB-DB am 19.10.2010 (Beschluss im FG -Ausschuss am 17.11.2010) überplanmäßige Aufwendungen gemäß § 97 (1)

GO LSA im Bereich der Sozialen Leistungen an natürliche Personen gemäß SGB VIII im DKHzE in Höhe von insgesamt 500.000 EUR genehmigt. Die Mehrbedarfe betreffen in der Plankostenstelle 51510000 die Sachkonten 53312080, 53322050 und 53322060.

Die Deckung erfolgte aus der Kostenstelle 23010100, Sachkonto 46510000 – Erträge von Gewinnanteilen an verbundenen Unternehmen (hier: SWM GmbH) –.

Durch steigende Fall- und Betreuungsanstiege sowie Kostensteigerungen durch Entgelterhöhungen im Bereich der Pflichtleistungen kam es zur Beantragung dieses überplanmäßigen Antrages. Der in der DS 0472/10 einkalkulierte Mehrbedarf in Höhe von 500.000 EUR wurde jedoch nicht ausgeschöpft. Die Nichtinanspruchnahme der zusätzlichen Mittel in Höhe von 352.000 EUR wurde verursacht durch nicht abgerufene Kostenerstattungen anderer Jugendämter.

#### Nummer 7 - Deckungskreis Kinderförderungsgesetz (KiFöG):

	verfügbarer Plan 2010	Risikogröße aus HH-Plan 2010	AOS 31.12.10	Abweichung Plan/Ist 2010	Erfüllung in %
Erträge	18.225.700		18.376.301	150.601	100,8
Aufwendungen	51.269.048	500.000	51.268.384	664	100,0
Ergebnis	33.043.348		32.892.083	151.265	99,5

Das Ergebnis im DKKiFöG wurde per 31.12.2010 in Höhe von 32.892.083 EUR mit 99,5 % erfüllt. Hier kommt es zu einem Minderbedarf in Höhe von 151.265 EUR. Dieser resultiert aus den Mehrerträgen in Höhe von 150.601 EUR und den Minderaufwendungen in Höhe von 664 EUR. Im Minderbedarf sind auch 53.600 EUR für die HKK-Nr. 150 enthalten, so dass die tatsächliche Untererfüllung 53.264 EUR beträgt. Innerhalb des DKKiFöG kam es zu Mehraufwendungen, die durch Mehrerträge und Minderaufwendungen gedeckt werden konnten.

<b>Mehrerträge</b>		
51510100/414113000 – Tageseinrichtungen von Kindern –		1.503.900 EUR
Der Haushaltsansatz 2010 wurde auf Grund der durchschnittlich tatsächlich belegten Plätze aus 2009 mit dem prognostizierten Zuwachs von 4 % und dem Betrag der Landeszuweisung, der zu diesem Zeitpunkt gültig war (98,15 EUR) multipliziert. Mit Bescheid vom 03.02.2010 über die Höhe der Landeszuweisung für 2010 ergaben sich die tatsächlichen Erträge, welche zu einem Mehrertrag führten. Der Mehrertrag wird zur Deckung der Mehraufwendungen innerhalb des DK KiFöG herangezogen.		
<b>Minderaufwendungen</b>		
51510000/54521200 – Kostenerstattungen für Gastkinder –		250.900 EUR
Hier handelt es sich um Aufwendungen für Magdeburger Kinder, die in Fremdgemeinden betreut werden. Es fordern nicht alle aufnehmenden Gemeinden und Landkreise den im Planansatz ermittelten Erstattungsanspruch tatsächlich im laufenden Haushaltsjahr ab. Diese Ansprüche müssen dann im Folgejahr weiterhin geplant werden. Der entstandene Minderaufwand wurde zur Deckung der Mehraufwendungen im Sachkonto 53182100 – Zuschüsse an übrige Bereiche für Kitas- verwendet.		
<b>Mehraufwendungen</b>		
51510100/53182100– Zuschüsse an übrige Bereiche für Kitas – s. Erläuterung Mehrerträge		1.414.400 EUR

8 – Deckungskreis Soziales (DKSOZ):

DKSOZ	Verfügbar Plan 2010	A-Soll 31.12.10	Abweichung Plan/Ist 2010	Erfüllung in %
Erträge	20.985.500	19.164.826	1.820.674	91,4
Aufwendungen	87.412.000	85.339.947	2.072.053	97,6
Ergebnis	-66.426.500	-66.175.121	251.379	99,6

Im DKSOZ kommt es zu einem Minderbedarf in Höhe von 251.379 EUR. Dieser resultiert aus den Mindererträgen in Höhe von 1.820.674 EUR und den Minderaufwendungen in Höhe von 2.072.053 EUR. Im Minderbedarf sind auch 49.400 EUR für die HHK- Nr.: 150 enthalten, so dass die tatsächliche Untererfüllung 300.799 EUR beträgt.

**Erträge**

Der Schwerpunkt der Erfüllung per 31.12.2010 liegt in der Untererfüllung der Erträge für Kosten der Unterkunft (KdU). Hier wurden die bisher festgelegten 25,4 % (Entlastung v. Bund) geplant. Ab Januar 2010 werden aber nur 23,0 % für Ausgaben KdU nach § 22 Abs. 1 u. 7 erstattet. Dies führt zu einem Minderertrag von 1.875.984 EUR.

**Aufwendungen**

Bei den Aufwendungen kam es zu einer Untererfüllung von 2.072.053 EUR.

Die Minderaufwendungen im Bereich der Leistungen gem. AsylbLG werden in versch. Sachkonten verursacht. Leistungen nach dem AsylbLG erhalten Personen, die bestimmte Bedingungen erfüllt haben, z.B. mit einer Aufenthaltszeit von 48 Monaten im Bundesgebiet und Leistungsbezug. Durch Statusänderungen sind viele Personen in den Leistungsbereich des SGB II gewechselt. Weiterhin erhielten einige Langzeitgeduldete Arbeitserlaubnisse und haben dadurch keinen Anspruch auf Leistungsbezug.

Im Bereich der HLU- Leistungen kam es in verschiedenen Sachkonten zu Minderaufwendungen u. a. durch rückläufige Fallzahlen bei HLU- Leistungen i. E. Im Bereich KdU resultiert die Senkung der Kosten überwiegend aus der strikten Umsetzung der Wohngeldwechsler (Kinderwohngeld) und der Steigerung der Integration.

11 - Deckungskreis Unterhaltsvorschussgesetz (UDUVG)

UDUVG	verfügbarer Plan 2010	AOS 31.12.10	Abweichung Plan/Ist 2010	Erfüllung In %
Erträge	4.200.000	5.061.177	861.177	120,5
Aufwendungen	4.800.000	4.738.491	61.509	98,7
Ergebnis	-600.000	322.686	922.688	53,8

Im DKUDUVG kommt es zum Jahresende zu einem Minderbedarf in Höhe von 922.688 EUR. Diese resultiert aus den Mehrerträgen in Höhe von 861.177 EUR und den Minderaufwendungen in Höhe von 61.509 EUR.

Durch die Erhöhung der gesetzlichen Unterhaltsvorschussätze kam es zu Mehraufwendungen. Der Stadtrat beschloss daraufhin mit der DS 0418/10 am 14.10.2010 (Beschluss -Nr. SR 605-25(V)10) die überplanmäßige Aufwendung in Höhe von 600.000 EUR im Sachkonto 53312120 -Soziale Leistungen an natürliche Personen a. v. E. für UVG-. Die Deckung erfolgte aus der Kostenstelle 23010100, Sachkonto 46510000 –Erträge von Gewinnanteilen an verbundene Unternehmen-.

Die Erhöhung der Auszahlungen an Unterhaltsberechtigte führt dazu, dass im Jugendamt bei der Kostenbeteiligung von Bund, Land und Kommune für Unterhaltsleistungen Mehrerträge zu

verbuchen sind. Dies gilt analog für die Rückforderungsansprüche gegen die Unterhaltspflichtigen gemäß § 7 UVG. Diese führen zur Erhöhung der Aufwendungen.

<b>Mehrerträge</b>	
51510000/42112200 – Übergeleitete Unterhaltsansprüche § 7 UVG –	490.135 EUR
In Abhängigkeit der Erhöhung der Mehraufwendungen im Bereich der UVG-Zahlungen an Berechtigte erhöht sich die Rückforderungssumme von den Unterhaltsverpflichteten gem. § 7 UVG. Die Mehrerträge in Höhe von 490.135 EUR können jedoch nicht mit den tatsächlichen Einzahlungen im SK 62112200 verrechnet werden. In 2010 ergab sich hier eine Differenz zwischen Erträgen (AO-Soll) und tatsächlichen Einzahlungen (AO-Ist) in Höhe von 1.492.933 EUR. Diese Tatsache führt dazu, dass Mehrerträge im DKUDUVG nie zur Deckung von Mehraufwendungen genutzt werden können. Mit Hilfe des Forderungsmanagements wird versucht, diese Differenzen im Zuge von meist aufwendigen Mahn- und Vollstreckungsverfahren abzubauen.	
51510000/44811210 – Erträge aus Kostenerstattungen vom Land -	334.942 EUR
Die Erhöhung der Auszahlungen an Unterhaltsberechtigte führt auch dazu, dass das Amt 51 aufgrund der Regelung bei der Kostenbeteiligung vom Bund, Land und Kommune für Unterhaltsvorschussleistungen Mehrerträge im Rahmen der Kostenerstattung vom Land zu verbuchen hat.	

<b>Mehraufwendungen</b>	
51510000/53312120 – Soziale Leistungen an natürliche Personen a. v. E. –	577.375 EUR
Die Erhöhung der gesetzlichen Unterhaltsvorschussätze führte zu einem Mehraufwand. Im Ergebnis des verabschiedeten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes wurden u. a. zur steuerlichen Entlastung und Förderung der Familien mit Kindern die Freibeträge für jedes Kind von 6.024 EUR auf 7.008 EUR sowie das Kindergeld für jedes zu berücksichtigende Kind um 20 EUR angehoben. Diese Veränderungen hatten Auswirkungen auf den monatlichen Unterhaltsbedarf eines Kindes. Die Anzahl der Unterhaltsberechtigten lag im Jahresdurchschnitt bei 2.452 Personen. Es erfolgte im Durchschnitt eine monatliche Auszahlung von ca. 381.000 EUR an Berechtigte. Auf der Grundlage der DS 0418/10 „Überplanmäßige Aufwendungen im DKUDUVG“ beschloss der Stadtrat am 14.10.2010 (Beschluss - Nr.: SR 605-25(V)10) die überplanmäßige Ausgabe. Die Deckung erfolgte aus der Kostenstelle 23010100, Sachkonto 46510000- Erträge von Gewinnanteilen an verbundene Unternehmen.	

Den defizitären Deckungskreisen (DKHzE und DKKiFöG) ist gemeinsam, dass die kalkulierten Mehrbedarfe nicht aus eigener Kraft amortisiert werden können. Mit der Haushaltsplanung 2010 (Vorbericht zum Haushaltsplan 2010, S. 10, 11 und 26) wurde deutlich dargestellt, dass Risikogrößen innerhalb der Deckungskreise bestanden. Für alle defizitären Deckungskreise wurden dem Stadtrat im III. und IV. Quartal 2010 entsprechende Drucksachen zu den überplanmäßigen Ausgaben zur Entscheidung vorgelegt. Es ist schwierig in diesen Bereichen genau die sozialen Inanspruchnahmen zu berechnen. Es bleiben immer geschätzte Zahlen.

## **2. Vorläufige Gesamtschätzung investiver Haushalt 2010**

Das **vorläufige** Ergebnis des investiven Haushaltes per 31.12.2010 (Stand 28.01.2011) setzt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

- in EUR -

	<b>Ergebnis 31.12.2009</b> Nachrichtlich kameral	<b>Ergebnis 31.12.2010</b>
Anordnungssoll – Einnahmen (L) <b>Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	104.127.742,86	40.672.577,10
- Abgang alter Kassenreste (-C)	71.643,96	
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste (-A)	0,00	
+ Haushaltseinnahmereste 2008	19.148.817,46	
= Summe Soll-Einnahmen (E)	<u>123.204.916,36</u>	
Anordnungssoll – Ausgaben (L) <b>Auszahlungen für eigene Investitionen</b>	97.345.887,45	-50.028.292,85
- Abgang alter Haushaltsausgabereste (-A)	3.673.171,09	
+ Haushaltsausgabereste 2008/2009	29.532.200,00	
= Summe Soll-Ausgaben (E)	<u>123.204.916,36</u>	
<b>Saldo aus Investitionstätigkeit: Ergebnis:</b>	<u>0,00</u>	<u>-9.355.715,75</u>
<b>Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>		40.672.577,10
<b>Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>		<u>-50.028.292,85</u>
<b>Saldo aus Investitionstätigkeit</b>		<u>-9.355.715,75</u>

#### Vergleich des Investitionsvolumens 2009 und 2010:

- 2009 in Höhe von 128.653.400 EUR
- 2010 in Höhe von 60.828.800 EUR

Zu dem geplanten Investitionsvolumen 2010 galt es noch 33.324.900 EUR investiv übertragene Auszahlungsermächtigungen aus 2009 abzuarbeiten. Die Kassenwirksamkeit der investiv übertragenen Auszahlungsermächtigungen 2009 betrug per 31.12.2010 23.044.475,25 EUR. Davon wurden 9.317.252,24 EUR als übertragene Ermächtigungen noch einmal zur investiven Auszahlung beantragt und bewilligt.

- in EUR -

	<b>fortgeschriebener Ansatz 2010*</b> (HH-Plan inkl. HH-Rest, ÜPL, APL, Sperrern)	<b>Ist des Haushalts- jahres 2010</b> (per 31.12.2010)	<b>in %</b>
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	56.508.151,50	40.672.577,10	71,98
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	98.944.117,08	50.028.292,85	50,56
<b>Saldo aus der Investitionstätigkeit lt. HH-Plan 2010</b>	<b><u>-42.435.965,58</u></b>	<b><u>-9.355.715,75</u></b>	<b><u>22,05</u></b>
Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage KP II	5.597.700,00	4.597.982,54	
Entnahme aus der sonstigen Sonderrücklage		999.717,46	
Entnahme aus der Sonderrücklage Kauf J.-Bremer-Str.		597.000,00	
<b>Saldo aus der Investitionstätigkeit nach Entnahme aus den Sonderrücklagen</b>	<b><u>-36.838.265,58</u></b>	<b><u>-3.161.015,75</u></b>	<b><u>8,58</u></b>
Deckungsmittel aus Mehreinzahlung der lfd. Verwaltungstätigkeit für apl/apl-Auszahlung aus der Investitionstätigkeit		701.378,97	
<b>Saldo aus Investitionstätigkeit nach Entnahme aus den Sonderrücklagen und unter Berücksichtigung der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit zur Deckung der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit</b>	<b><u>-36.838.265,58</u></b>	<b><u>-2.459.636,78</u></b>	<b><u>6,68</u></b>

\* Der fortgeschriebene Ansatz 2010 beinhaltet neben den Planansätzen des Haushaltsjahres 2010 auch die übertragenen Ermächtigungen für Auszahlungen aus dem Haushaltsjahr 2009 sowie alle über- und außerplanmäßigen Auszahlungen des Haushaltsjahres 2010.

Der Vergleich zwischen den Einzahlungen und Auszahlungen (Saldo) im investiven Haushalt zeigt per 31.12.2010 (Stand 03.08.2011) ein Defizit in Höhe von 9,355 Mio. EUR. Unter Berücksichtigung der zahlungsunwirksamen Entnahme aus der KP II Rücklage, der sonstigen Sonderrücklage und der Sonderrücklage für den Kauf der Julius-Bremer-Straße 8-10 verringert sich das Defizit per 03.08.2011 dann nochmals um 6,19 Mio. EUR auf 3,16 Mio. EUR. Dieses Defizit wird zudem um 701.378,97 EUR durch genehmigte Deckungen (Minderaus- bzw. Mehreinzahlungen aus der lfd. Verwaltungstätigkeit) des konsumtiven Haushaltes auf 2,46 Mio. EUR reduziert. Die Einzahlungen, welche hier zur Deckung herangezogen worden sind, beziehen sich auf die Finanzrechnung aus laufender Verwaltungstätigkeit und wird daher im Teil Finanzrechnung aus der Investitionstätigkeit nicht ausgewiesen.

Das danach verbleibende Defizit resultiert aus den KP II Maßnahmen, bei denen die beantragten Fördermittel unter Berücksichtigung der Fördermittelquote von 87,5 % im Vergleich zu den bereits kassenwirksam gewordenen Auszahlungen noch nicht in voller Höhe im Haushaltsjahr 2010 eingegangen waren. Die fehlenden Einzahlungen für diese KP II Maßnahmen belasten damit zunächst das investive Jahresergebnis des Haushaltsjahres 2010 und werden dann allerdings das investive Jahresergebnis 2011 in gleicher Größenordnung verbessern.

Die Umsetzung der Maßnahmen des Investitionshaushaltes 2010 wurde durch die Verfügung des LVwA vom 21. April 2010 zur Haushaltssatzung 2010 geprägt. Von Seiten des LVwA gab es keine Beanstandungen. Für den Investitionshaushalt wurden als Kriterien die kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des LVwA als Planungsgrundlage eingesetzt. Es wurden nur Maßnahmen mit Planansätzen untersetzt, die eine 70 % Förderung aufwiesen, bei denen rechtliche Verpflichtungen bestanden sowie die zeitliche und sachliche Unabweisbarkeit gegeben war. Eine weitere Grundlage bildete der Eckwertebeschluss des Stadtrates vom 28.05.2009. Lt. Beschluss-Nr. 3007-83(IV)09 wurde die Kreditaufnahme für Investitionen 2010 und mittelfristig 2011 – 2013 auf 0 festgesetzt.

Vom Fachbereich Finanzservice wurde eine Fördermitteltabelle (**Anlage 3**) über alle veranschlagten Einzahlungen (Fördermittel) des Haushaltsjahres 2010 zusammengestellt. Der Realisierungsstand mit einer Fließquote **von 39,74 %** zeigt, dass zum 31.12.2010 eine deutliche Differenz zum Planansatz 2010 besteht.

Die Gründe dafür sind Minderbewilligungen von Städtebaufördermitteln und von Fördermitteln nach dem Entflechtungsgesetz sowie der frühe Wintereinbruch, wodurch sich die Bauarbeiten deutlich verschoben haben. Die Bewilligungsquote mit 18.291.200 EUR bewilligter Fördermittel zu den geplanten Fördermitteln in Höhe von 39.796.400 EUR liegt mit Stand per 31.12.2010 bei 45,96 %. Von den geplanten Fördermitteln in Höhe von 39.796.400 EUR wurden per 31.12.2010 nur 15.816.900 EUR kassenwirksam (39,74 %). Es fehlten noch diverse Bewilligungsbescheide, z. B. für die geplanten Kindertagesstätten G.-Hauptmann-Straße, KT Bördebogen sowie von Maßnahmen des Amtes 66.

<b>Fördermittel 2010</b>	<b>Ist per 31.12.2010</b>	<b>Bewilligungsquote</b>	<b>Fließquote</b>
39.796.400 EUR	15.816.900,00 EUR	45,96 %	39,74 %

Im Berichtszeitraum wurden vom FB 62 insgesamt Einnahmen für Straßenausbau- und Erschließungsbeiträge in Höhe von 1.506.680 EUR realisiert. Bei einem Planansatz in Höhe von 1.329.000 EUR entspricht dies einer anteiligen Erfüllung von 113,37 %.

Vom Amt 61 wurden im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 übertragene Ermächtigungen für investive Auszahlungen in Höhe von 2.337.379,17 EUR beantragt.

Im Haushaltsjahr 2010 standen an erster Stelle die Sicherung der Fortführungsvorhaben und die Einhaltung der Verpflichtungen, die im Rahmen der Förderprogramme im Städtebau mit Eigenmitteln umzusetzen waren. Wichtig war es weiterhin, 2010 die Maßnahmen des Konjunkturpaketes II für 2009 bis 2011 mit einem Gesamtausgabevolumen von 43.526.319 EUR und Gesamteinnahmenvolumen von 34.674.599 EUR umzusetzen. Haushaltstechnisch wurde hierbei eine zweckgebundene Rücklage zur Sicherstellung der Finanzierung der KP II Maßnahmen gebildet.

Der Eigenbetrieb KGm bewirtschaftet KP II Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 23.192.600 EUR (davon übertragene Auszahlungsermächtigungen aus 2009 in Höhe von 3.341.000 EUR). Von diesen 23.192.600 EUR wurden per 31.12.2010 Mittel in Höhe von 13.653.062 EUR kassenwirksam. Insgesamt wurden vom EB KGm im Rahmen des Jahresab-

schlusses 2010 übertragene Auszahlungsermächtigungen für Investitionen in Höhe von 16.286.243,96 EUR beantragt, davon 9.610.414,81 EUR für KP II Maßnahmen.

Für die KP II Maßnahmen lagen per 31.12.2010 bis auf 6 Maßnahmen alle Zuwendungsbescheide vor.

Nachfolgend die KP II Maßnahmen, die nicht bewilligt wurden:

- KP II Ausbau Weg Breitscheidstraße (in Bewirtschaftung des Amtes 31)
- KP II Wiederherstellung eines Gewässers (in Bewirtschaftung des Amtes 31)
- KP II Abrollcontainer Logistik (in Bewirtschaftung des Amtes 31)
- FB 40 „Antrag auf Förderung Mobiles Klassenzimmer“ für  
KP II Sek Schellheimer  
KP II Siemens-Gynasium  
KP II GS Nordwest

Im Haushaltsjahr 2010 wurden für die KP II Maßnahmen von insgesamt 35.002.349 EUR 13.957.079 EUR Fördermittel bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt abgerufen. Davon wurden 13.824.702 EUR von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt ausgezahlt (Anlage 4).

Von 53 KP II – Maßnahmen im Berichtszeitraum konnten per 31.12.2010 16 Maßnahmen fertig gestellt werden. Davon konnten einige Maßnahmen kostengünstiger abgerechnet werden. Diese freien Mittel wurden für Mehrkosten bei anderen Maßnahmen umgewidmet. D. h., dass alle Fördermittel aus den KP II - Programmen ausgeschöpft wurden. Für einige Maßnahmen wurden Anträge auf Verlängerung des Bewilligungszeitraumes sowie Änderungsanträge für einzelne Gewerke gestellt.

In den Haushalt 2010 wurden die Investitionsmaßnahmen in der Bewirtschaftung des Amtes 66

- Rampe Magdeburger Ring/Lemsdorfer Weg,
- Rampe Magdeburger Ring/Brenneckestraße und
- Ausbau Berliner Chaussee

neu veranschlagt. Die Bewilligung für diese 3 Vorhaben wurde vom LVwA für das Haushaltsjahr 2010 in Aussicht gestellt und liegen bis auf Magdeburger Ring/Lemsdorfer Weg, die in das Jahr 2012 verschoben wurde, vor.

Im Haushaltsplan 2010 waren Kreditaufnahmen in Höhe von 19.148.800 EUR vorgesehen. Diese Kreditaufnahmen resultieren aus der Kreditgenehmigung des Haushaltsjahres 2009 (Nachtragssatzung 2009). Die entsprechenden Haushaltseinnahmereste hierfür wurden für das Haushaltsjahr 2010 gebildet. Für das Konjunkturpaket II wurde im Haushaltsplan 2010 eine Kreditaufnahme in Höhe von 6.648.800 EUR berücksichtigt, diese wurde im Rahmen des Haushaltsvollzuges in Höhe von 5.340.375 EUR in Anspruch genommen.

Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten für das Haushaltsjahr 2010 sind 37.572.751,07 EUR zu übertragene investive Haushaltsermächtigungen für Auszahlungen in das Haushaltsjahr 2011 vorgesehen. Darin enthalten ist auch die nochmalige Übertragung von Haushaltsermächtigungen für investive Auszahlungen in Höhe von ca. 9.317.252,24 EUR aus dem Haushaltsjahr 2009.

Gegenüber dem kameralen Jahresabschluss wird durch die Bildung von übertragenen Ermächtigungen für investive Auszahlungen (ehemals Haushaltsausgabereste) das investive Jahresergebnis 2010 nicht belastet. Die Belastung des investiven Jahresergebnisses aus den übertragenen Ermächtigungen für investive Auszahlungen tritt im Zuge des NKHR erst mit dem Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2011 ein, da im Rahmen des NKHR das investive Jahresergebnis nicht mehr aus dem Saldo der bereinigten Soll-Einnahmen und der bereinigten Soll-Ausgaben sondern aus dem Saldo der Ist-Einzahlungen und der Ist-Auszahlungen gebildet wird.

Zimmermann

Anlagen:

- Anlage 1 – Quartalseinschätzung Budgets 0 – 7 konsumtiver Haushalt,
- Anlage 2 – Inanspruchnahme Deckungskreise konsumtiver Haushalt,
- Anlage 3 – Übersicht über Fördermittel 2010,
- Anlage 4 – Übersicht Zuwendungen 2010 aus Konjunkturpaket II,
- Anlage 5 – Übersicht der investiven Ein- und Auszahlungen 2010 nach Teilhaushalten